

EAPN Magazine 135

INHALT:

- Seite 2 **Arbeitsplatzqualität für Lebensqualität, *Amana Ferro***
- Seite 3 **Die Rolle der Beschäftigung im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, *Arbeitsgruppe Beschäftigung***
- Seite 7 **Arbeitende Arme in Europa: Ein wachsendes Problem, *Peter Kelly***
- Seite 10 **Funktioniert Flexicurity in Zeiten der Krise? Das dänische Flexicurity-Modell, *Ole Meldgaard***
- Seite 12 **Unsere Forderung lautet nach wie vor „Arbeit oder volle Unterstützung“, *Colin Hampton***
- Seite 15 **Gleichstellung der Geschlechter und Gender Mainstraming: Die Aktuelle Situation, *Quinta Ansem***
- Seite 17 **Regionale Wirtschaft und lokale Initiativen: Der Jobmotor in Frankreich, *Patrick Boulte***
- Seite 19 **Gewerkschaften und Sozialbewegungen: Die Vorteile der Zusammenarbeit, *Philip O'Connor***
- Seite 21 **Olympische Jugendspiele in Österreich - Unterstützung der sozialökonomischen Unternehmen durch Sozialklauseln in öffentlichen Aufträgen, *Judith Pühringer***
- Seite 22 **Europäisches Jahr 2012: Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen - Die Perspektive für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, *Rachel Buchanan***
- Seite 24 **Beschäftigung, Arbeit, Jobs – Die Realität der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, *Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen 2011***

Arbeitsplatzqualität für Lebensqualität

Was Beschäftigung zum Kampf gegen Armut beiträgt

von Amana Ferro, EAPN-Sekretariat, Koordinatorin der Arbeitsgruppe Beschäftigung

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit von EAPN war stets, sich dafür einzusetzen, dass die Menschen, die arbeiten können, auch Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen bekommen. Die Arbeitsgruppe Beschäftigung von EAPN bringt Fachleute der einzelnen nationalen EAPN-Netzwerke und der europäischen EAPN-Mitgliedsorganisationen zusammen. Die Arbeitsgruppe war über ihre enge Beteiligung an den Nationalen Reformprogrammen und an zwei europäischen Beschäftigungsprogrammen überaus aktiv, alternative Ansätze voranzubringen, die darauf abzielen, Beschäftigung zu einem effektiven Instrument im Kampf gegen Armut und zur Sicherstellung der sozialen Eingliederung zu machen.

Die Ergebnisse des diesjährigen Europäischen Semesters stärken die Prioritäten Finanzkonsolidierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis. Beschäftigung wird in diesem Zusammenhang lediglich als ein Mittel zur Sicherung des Wachstums angesehen und nicht als ein Mittel, das den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen kann. Das Armutsverminderungsziel der Strategie Europa 2020 wird nicht erreicht werden, wenn man das Beschäftigungsziel darauf reduziert, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, indem man die Menschen ohne Rücksicht auf Verluste in irgendeinen Job drängt.

„Irgendein Job“ ist kein sicherer Weg aus der Armut. Aktuell haben 22 % der von Armut betroffenen Menschen eine Arbeit. Jüngste Entwicklungen, wie etwa die Annahme des Euro-Plus-Pakts, die Abkopplung der Löhne von der Inflation und ihre Bindung an die Produktivität sowie die zunehmende Flexibilität auf einem bereits segmentierten Arbeitsmarkt, hatten schwerwiegende Folgen für die „arbeitenden Armen“.

Die Mitglieder von EAPN informieren in dieser Ausgabe über die Realität in ihren Ländern und nennen auch positive Beispiele für die Schaffung neuer Arbeitsplätze: So werden etwa in Frankreich auf lokaler Ebene und in Österreich über die Sozialwirtschaft anständige Arbeitsplätze geschaffen. In Irland haben sich soziale NRO erfolgreich mit Gewerkschaften verbündet, um dem Ruf nach anständigen Arbeitsplätzen mehr Gewicht zu verleihen. In anderen Ländern jedoch werden Menschen, die ohnehin schon den größten Schwierigkeiten ausgesetzt sind, nach wie vor von politischen Maßnahmen benachteiligt: Zu nennen ist hier etwa die jüngste Kampagne zur „Aktivierung der Kranken“ im Vereinigten Königreich und Haushaltskürzungen in Dänemark, die den Sicherheitspfeiler der Flexicurity gefährden. Auch Frauen sehen sich zunehmend dem Druck ausgesetzt, eine bezahlte Arbeit anzunehmen, wobei diese aber weder von einem auf Rechten basierenden Ansatz gestützt, noch von angemessenen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf begleitet wird.

Die wahren Schlüsselbotschaften kommen letztlich von den Delegierten des zehnten Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen, das dieses Jahr dem Thema Beschäftigung gewidmet war.

Im Endeffekt ist Folgendes nötig:

Es sind mehr Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen zu schaffen, insbesondere mit angemessenen Löhnen, und den Menschen ist eine Hilfe beim Zugang zu diesen Arbeitsplätzen zu bieten, die ihren Lebensumständen Rechnung trägt.

DIE ROLLE DER BESCHÄFTIGUNG IM KAMPF GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG DER BEITRAG VON EAPN ZUR DEBATTE

EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Der Stand der Dinge

Die Zahlen von Eurostat besagen, dass die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union im Jahr 2010 9,6 % erreicht hat, was 23.248 Millionen Arbeitslosen entspricht. Die Antwort der Regierungen lautet, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, wobei es sich hierbei nicht unbedingt um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze handelt und auch die Menschenwürde nicht immer berücksichtigt wird. Beschäftigung ermöglicht also nicht immer einen nachhaltigen Weg aus der Armut. Fast ein Viertel (nämlich 22 %) der Menschen, die aktuell von Armut betroffen sind, gehen einer Arbeit nach. Die Untergrabung der Rechte der Beschäftigten, in Verbindung mit niedrigen Löhnen und prekären Arbeitsverträgen, hat verheerende soziale Folgen: So kommt es zu einer höheren Verschuldung, einem Druck auf die Renten, negativen psychischen Auswirkungen und zunehmender Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung.

Der Zugang zu qualitativ hochwertigen, nachhaltigen Arbeitsplätzen ist eine Herausforderung, die integrierter Ansätze bedarf. Es geht darum, den Menschen, die arbeiten können, zu anständigen Arbeitsplätzen zu verhelfen und den Menschen, die nicht arbeiten können, ein Leben in Würde zu ermöglichen, entsprechend der aktiven Eingliederungsstrategie der Europäischen Kommission. Dies bedeutet, den Menschen die für ein Leben in Würde nötige Sicherheit zu bieten, und zwar über adäquate Mindesteinkommens- und Sozialschutzsysteme, wobei gleichzeitig zu gewährleisten ist, dass sie bezahlbaren Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und zu einer individuellen Unterstützung haben, damit sie, wenn möglich, ihren eigenen Weg zu anständigen Arbeitsplätzen finden. Solche Bemühungen müssen mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze einhergehen, was höhere öffentliche und private Investitionen erfordert sowie die Sicherstellung eines größeren und besseren Schulungsangebotes für alle Menschen, Arbeitsplätze und einen Arbeitsmarkt von höherer Qualität, die Bekämpfung der Diskriminierung und die Förderung der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf. Teilhabe und eine adäquate Finanzierung sind dabei die wichtigsten Voraussetzungen.

Der Europäischen Union kommt bei der Koordinierung und Unterstützung dieser Bemühungen die entscheidende Rolle zu. Das Hauptinstrument ist hierbei die Strategie Europa 2020, insbesondere ihre spezifischen Initiativen und das Europäische Semester. Erste Vorzeichen sind jedoch alles andere als ermutigend. Zwar lautet eines der fünf übergreifenden Ziele der neuen Europa 2020 Strategie, bis 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien, doch beschränkt sich die jährliche Wachstumsuntersuchung (d.h. die von der Europäischen Kommission vorgenommene Bewertung der Prioritäten zur Umsetzung der Strategie) ausschließlich auf die Analyse einer auf Wachstum ausgerichteten Perspektive, ohne Hinweis darauf, wie integratives und nachhaltiges Wachstum erreicht werden kann. Größere Wettbewerbsfähigkeit und mehr Wachstum haben absoluten Vorrang. Investitionen in die Menschen sind nur vorgesehen, wenn sie zur Steigerung der Produktivität beitragen. Aus den Nationalen Reformprogrammen wird ersichtlich, dass es die gleiche Tendenz auch auf nationaler Ebene gibt.

Alternative Modelle: Die Vorschläge der EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Unterstützung einer konstruktiven Aktivierung im Rahmen der aktiven Eingliederung

Die Achtung der Menschenwürde sollte Herzstück der politischen Entscheidungsprozesse sein. Die Unterstützung auf dem Weg zur Beschäftigung sollte auf den individuellen Bedürfnissen der Menschen beruhen und die verschiedenen Hindernisse berücksichtigen, denen spezifische Gruppen gegenüberstehen. Aktivierungsmaßnahmen sollten darauf abzielen, einen Weg zur sozialen

Eingliederung und zur vollständigen Teilhabe an der Gesellschaft zu entwickeln. Sie sollten eine multidimensionale Unterstützung und begleitende Dienstleistungen vorsehen, und zwar als Teil eines integrierten Ansatzes zur aktiven Eingliederung: Sicherzustellen ist der Zugang zu Mindesteinkommen, die Bekämpfung der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Einkommensänderungen, beim Wohnraum, bei Schulden, Vereinsamung, gesundheitlichen Problemen, bei geringen sozialen Kompetenzen, bei der Kommunikation und der Sprache, bei der beruflichen Qualifikation usw. Anti-Diskriminierungsmaßnahmen müssen intensiviert werden, um allen Menschen den gleichen Zugang zu Beschäftigung, zu Dienstleistungen und zu Bildung zu ermöglichen, wobei insbesondere auch die Arbeitgeber zu konstruktiven Ansätzen ermutigt werden sollen. EAPN verurteilt die aktuelle Tendenz aufs Schärfste, die darin besteht, öffentliche Schulden zu verringern, indem Menschen mit Hilfe harter Sanktionen und Einschränkungen (wie etwa die Kürzung oder der Verlust von Leistungen) in prekäre Beschäftigungen gedrängt werden.

Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Schaffung echter und nachhaltiger Arbeitsplätze sollte vor dem Hintergrund eines massiven Arbeitsplatzabbaus Priorität einnehmen. Das Potential des Dienstleistungsbereichs bei der Schaffung von Arbeitsplätzen wird - insbesondere auf europäischer Ebene - immer stärker anerkannt. Die Regierungen unternehmen allerdings wenig, um in Dienstleistungen zu investieren, ganz im Gegenteil: Sparmaßnahmen haben den Dienstleistungsbereich mit voller Wucht getroffen. Insbesondere im Bereich Gesundheit und Betreuung würden Investitionen nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern wären auch eine Reaktion auf die auf breiter Ebene immer größer werdenden Bedürfnisse. Die Sozialwirtschaft bietet EU-weit mehr als zehn Millionen Arbeitsplätze und wurde jüngst von der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut als wichtige Quelle für soziale Innovationen genannt. Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht und die Leitinitiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“ sprechen offen von der Notwendigkeit einer stärkeren Verbindung zwischen Beschäftigung und Industriepolitik, um die Schaffung von Arbeitsplätzen in der traditionellen Wirtschaft anzuregen. Dies ist ein willkommenener Wechsel der Perspektive in Richtung Bedarf, was vor dem Hintergrund schwindender Beschäftigungsmöglichkeiten überaus nötig ist. Außerdem können europäische Fonds, insbesondere Strukturfonds, mit dieser Perspektive besser darauf ausgerichtet werden, solche Entwicklungen zu unterstützen.

Unterstützung vernünftiger Arbeitsplätze und angemessener Löhne

Vernünftige Arbeitsplätze werden von Niedriglöhnen, insbesondere bei den so genannten „wenig qualifizierten Arbeitsplätzen“, untergraben, aber auch von Unsicherheit, von befristeten Verträgen bzw. Verträgen mit kurzer Laufzeit und aufgezwungener Teilzeitarbeit. Wenn ein Arbeitsplatz keinen angemessenen Lohn und Sicherheit bietet, wird er keinen nachhaltigen Weg aus der Armut ebnen. Es gibt nach wie vor ein dauerhaftes geschlechtsspezifisches und ethnisches Lohngefälle. Der „Flexicurity“-Ansatz fördert eine Kultur, bei der nach Belieben eingestellt und entlassen werden kann („hire and fire“), während der nötige Schutz und die nötige Sicherheit, insbesondere Mindestlöhne und weitere Leistungen, fehlen, unzureichend sind oder rigiden Berechtigungsvoraussetzungen unterliegen. Der jüngste politische Diskurs sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene räumt dem Thema Arbeitsplatzqualität (einschließlich Löhne und Arbeitsbedingungen) nicht genügend Priorität ein, insbesondere der Notwendigkeit, sicherzustellen, dass neu geschaffene Arbeitsplätze auch wirklich aus der Armut führen. Angesichts der steigenden Anzahl arbeitender Armer ist dies besonders beunruhigend.

Förderung der Teilhabe und einer guten Governance

Maßnahmen sind nur dann effektiv, wenn sie von einer korrekten, individuellen Bewertung der Bedürfnisse ausgehen. Dies kann nur durch die Einbeziehung der von Armut betroffenen Menschen und ihrer Organisationen bei der Gestaltung, Umsetzung und Bewertung der Strategien erreicht werden. Diese Forderung erscheint speziell in Erklärung 16 der Integrierten Leitlinien und in der jährlichen Wachstumsuntersuchung. Aus der sozialen Offenen Methode der Koordinierung (OMK im Bereich Sozialschutz und Soziale Eingliederung) müssen Lehren gezogen werden. Diese Lehren wiederum sind in eine strukturierte Einbeziehung der Menschen, die von Armut betroffen sind sowie ihrer Vertreterinnen und Vertreter, umzusetzen, wenn es darum geht, Nationale Reformprogramme, aber auch nationale Aktionspläne zur Eingliederung oder nationale Strategien zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung zu gestalten. Den Strukturfonds und dem PROGRESS-Programm kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Die Schlüsselbotschaften von EAPN zum Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichtes der Kommission im Rahmen der jährlichen Wachstumsuntersuchung

1. Beschäftigungspolitische und sozialpolitische Maßnahmen sollen nicht nur als Instrumente im Dienste des Wachstums angesehen werden, sondern auch als Instrumente zur Förderung der Eingliederung und zur Bekämpfung der Armut.
2. Um integratives Wachstum zu erreichen, muss ein integrierter Ansatz zur Umsetzung der neuen Leitlinien unterstützt werden; notwendig ist insbesondere die Umsetzung integrierter Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung und zur Bekämpfung der Armut.
3. Der Qualität der Arbeitsplätze ist höhere Priorität einzuräumen, insbesondere der Bemühung, im aktuellen Kontext so weit wie möglich sicherzustellen, dass neu geschaffene Arbeitsplätze aus der Armut führen und dass das Problem der arbeitenden Armen angegangen wird.
4. Insbesondere vor dem Hintergrund von Sparmaßnahmen sind eine gute Absicherung und adäquate Mindesteinkommens- und Sozialschutzsysteme für alle sicherzustellen; außerdem sind zielgerichtete Bemühungen zur Unterstützung spezifischer Gruppen zu entwickeln. Integrierte Ansätze zur aktiven Eingliederung müssen auch stärker in die allgemeinen Beschäftigungsansätze einbezogen werden (größeres Mainstreaming), mit einem stärkeren Verweis auf Maßnahmen zur Förderung koordinierter und individueller Wege zur Arbeitsmarktintegration sowie auf die Schlüsselrolle der Sozialwirtschaft, insbesondere der WISE (Work Integration Social Enterprises – Soziale Unternehmen für berufliche Eingliederung).
5. Integrierte Strategien zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung müssen für alle Gruppen entwickelt werden, vor allem für die Menschen, die nicht im arbeitsfähigen Alter sind; insbesondere muss dabei älteren Menschen und Kindern der Zugang zu Rechten, Mitteln und Dienstleistungen sichergestellt werden.
6. Es ist speziell darauf zu achten, dass effektive Antidiskriminierungsmaßnahmen eingeführt werden; außerdem sind bessere Möglichkeiten zur beruflichen und sozialen Eingliederung sicherzustellen, insbesondere für Migranten und ethnische Minderheiten (hier ganz speziell die Roma).
7. Die Rolle, die die Strukturfonds und die Kohäsionspolitik bei der Förderung integrierter Wege zur aktiven sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung verletzlicher Gruppen spielen können, sollte nicht aus den Augen verloren werden.

8. Die Beteiligung der Akteure an der Entwicklung der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der Nationalen Reformprogramme sollte gestärkt werden, insbesondere die Beteiligung der von Armut betroffenen Menschen und ihrer Organisationen der Zivilgesellschaft.

Arbeitende Arme in Europa: Ein wachsendes Problem

von Peter Kelly, EAPN-Vereinigtes Königreich, EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Das Phänomen der arbeitenden Armen hat sich in vielen Mitgliedstaaten zu einem großen Hindernis entwickelt, das Fortschritte im Kampf gegen Armut verhindert. Man könnte darüber diskutieren, dass der Schwerpunkt der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung über Jahrzehnte in ganz Europa auf dem Erhalt des Einkommens für Arbeitslose lag, sowie auf Unterstützungsmöglichkeiten, um Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Dieser Ansatz ist zwar nicht unwichtig, wird aber zunehmend als unzureichend betrachtet, um das Problem Armut trotz Arbeit zu lösen.

Das Problem der arbeitenden Armen wird auf Ebene der Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene mit Verspätung - dafür aber immer häufiger - anerkannt, insbesondere über die soziale OMK.¹

Anerkennung ist die eine Seite, Maßnahmen die andere

Die Anerkennung des Problems in politischen Dokumenten ist die eine Seite, Maßnahmen zu ergreifen wiederum eine ganz andere. Das Problem der arbeitenden Armen nimmt stetig zu, und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sowie der Hilfspakete (einhergehend mit harten Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen) werden die Lage wohl noch weiter verschlimmern. Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sind in Gefahr, in dem Maße, wie Verträge mit kurzer Laufzeit und die Flexibilität zunehmen. In vielen Ländern stagnieren oder sinken auch die Löhne, während Dienstleistungen mit starken Budgetkürzungen und Einsparungen zurecht kommen müssen.

Das Ausmaß des Problems

Armut trotz Arbeit kann nicht länger als Randproblem im Kampf gegen Armut betrachtet werden. In einer Zeit, in der Beschäftigung als der beste und sicherste Weg aus der Armut angesehen wird, ist es bemerkenswert, dass ein Viertel der von Armut betroffenen Menschen dennoch eine Arbeit hat. Insgesamt waren im Jahr 2008 8,6 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa von Armut betroffen, wobei der Anteil hier von 4 % in der Tschechischen Republik bis zu 17 % in Rumänien reicht.

Frazer und Marlier (2010) stellen fest, dass „Länder mit einem hohen Armutsrisiko allgemein einen hohen Anteil arbeitender Armer haben“.

Zur Problematik gehört außerdem ganz klar Folgendes: **Ein höherer Anteil arbeitender Armer unter den Jugendlichen** (10% bei den 18 bis 24-Jährigen) sowie höhere Anteile bei den **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit befristeten Verträgen** (13%) und den **Teilzeitkräften** (12%), im Vergleich zu Vollzeitkräften mit festen Verträgen. Zwar stellt der Bericht von Frazer und Marlier fest, dass Männer eher zu den arbeitenden Armen gehören als Frauen, doch haben **Frauen** ein höheres Risiko, einer atypischen Tätigkeit oder Teilzeittätigkeit mit schlechter Bezahlung nachzugehen. **Migranten und**

¹ Die Integrierten Leitlinien verweisen explizit auf die Bekämpfung der Segmentierung des Arbeitsmarktes und der Niedriglöhne sowie auf die Gewährleistung einer adäquaten sozialen Sicherheit (Leitlinie 7). Jüngste EU-Dokumente, wie etwa die Dokumente zur Plattform „Jugend in Bewegung“ und die Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten, nennen die Segmentierung des Arbeitsmarktes, Unsicherheit und Niedriglöhne als Herausforderungen, die anzugehen sind. Die neue Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut und der Gemeinsame Beschäftigungsbericht rufen ganz deutlich zur Bekämpfung des Problems Armut trotz Arbeit auf, und die Strategie Europa 2020 bietet die Möglichkeit, Indikatoren für Armut trotz Arbeit als Hauptreferenz bei der Bewertung der Fortschritte zu nutzen.

ethnische Minderheiten, insbesondere die Roma, sehen sich öfter mit Armut trotz Arbeit konfrontiert als andere Gruppen, wobei sie seltener Schutz durch eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft genießen. In vielen Ländern kommt schlecht bezahlte Arbeit und somit Armut trotz Arbeit vermehrt in **ländlichen Gebieten** vor. **Selbstständige** bilden eine weitere Kategorie, die einem wesentlich höheren Risiko für Armut trotz Arbeit ausgesetzt ist.

Die Gründe für Armut trotz Arbeit

Zwischen allen Mitgliedstaaten der EU herrscht eine breite Übereinstimmung bezüglich der Gründe für Armut trotz Arbeit, wobei die Bedeutung, die den einzelnen Gründen beigemessen wird, von den jeweiligen nationalen Bedingungen abhängt. Frazer und Marlier (2010) heben Folgendes hervor: Die Struktur des Arbeitsmarktes, die Zusammensetzung der Haushalte und eine niedrige Arbeitsintensität, individuelle Besonderheiten (z.B. fehlende Qualifikationen) und institutionelle Faktoren beispielsweise im Zusammenhang mit Mindestlöhnen und Sozialschutz. All diese Faktoren haben zur wachsenden Zahl der arbeitenden Armen beigetragen, die sich in Europa in den letzten zehn Jahren beobachten ließ.

Zwar bemühen sich die meisten Studien zum Thema Armut trotz Arbeit aufzuzeigen, dass nicht alle schlecht bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Armut betroffen sind, doch lässt sich nicht leugnen, dass Niedriglöhne einer der Hauptgründe für Armut trotz Arbeit sind. Viele schlecht bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zwar nicht von Armut betroffen, doch beziehen die meisten von Armut betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Niedriglöhne. Diese Feststellung sollte den politischen Maßnahmen gegen Armut trotz Arbeit als Ausgangspunkt dienen. Außerdem sollte sie auch Ausgangspunkt jeglicher Analyse der Gründe für Armut trotz Arbeit sein. Das Fehlen eines nationalen Mindestlohns in 20 der 27 Mitgliedstaaten ist ein entscheidender Punkt, zumal in einigen der sieben Länder ohne Mindestlohn (z.B. Deutschland) Tarifverträge nur etwas mehr als 50 % der Beschäftigten abdecken.

Qualitativ minderwertige Arbeitsplätze tragen auch zu Armut trotz Arbeit bei. Die Zunahme erzwungener Teilzeittätigkeiten, atypischer und befristeter Beschäftigungen führt zusammen mit dem „segmentierten“ Charakter vieler lokaler Arbeitsmärkte zu Armut trotz Arbeit. Die ethnischen und geschlechtsspezifischen Lohngefälle sind ebenfalls wichtige Faktoren, die bei dieser Gleichung noch hinzukommen.

Häufig beklagen sich Menschen, die den Übergang in den Arbeitsmarkt versuchen, dass sie „nicht besser dastehen“. Dies ist auf Zusatzkosten im Zusammenhang mit der Aufnahme einer Beschäftigung zurückzuführen, wie etwa Kosten für Transport und Verkehrsmittel, für Kinderbetreuung oder anderweitige Betreuung, für Bekleidung, Nahrung usw. Dies kann für einige Menschen (insbesondere für diejenigen mit Kindern) bedeuten, dass die Annahme von geringfügigen Jobs (also Teilzeitstellen mit sehr geringem Umfang, befristete Stellen oder sehr schlecht bezahlte Beschäftigungen) dazu führt, dass sie Armut bei Arbeitslosigkeit einfach gegen Armut trotz Arbeit eintauschen.

Betrachtet man die Gründe für Armut trotz Arbeit, muss eine Tatsache hervorgehoben werden: Die „Drehtür“ zwischen Armut trotz Arbeit und Arbeitslosigkeit (Shildrick et al, 2010). Darüber hinaus ist der Übergang von Sozialleistungen zu bezahlter Arbeit und wieder zurück häufig problematisch: Menschen stehen oft ohne Einkommen da, wenn sie von einem Status in den anderen wechseln. Die Tatsache, dass dieser „Niedriglohn, gar kein Lohn“-Zyklus existiert, bedeutet, dass beide Phänomene als zusammenhängend betrachtet werden müssen und nicht als separate und verschiedene Erfahrungen. Dies hat bedeutende Auswirkungen, sowohl auf die politischen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, als auch auf diejenigen gegen Armut trotz Arbeit. Das Phänomen der immer wiederkehrenden Armut, ob mit Arbeit oder ohne, legt nahe, dass man in Frage stellen kann, ob schlecht bezahlte, unsichere Arbeit wirklich ein nachhaltiger Weg aus der Armut ist. Dass viele Menschen zwischen Armut trotz Arbeit und

Armut bei Arbeitslosigkeit hin- und herpendeln, lässt auch vermuten, dass fehlende Anreize oder mangelnde Bereitschaft seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht das eigentliche Problem sind. Bemerkenswert ist, dass so viele Menschen mit oder ohne Anreiz bereit sind, eine Arbeit anzunehmen, auch wenn die Erfahrung negativ ist und sie dadurch kaum besser dastehen.

Politische Maßnahmen

Zunächst muss klar sein, dass eine Politik, die in erster Linie darauf abzielt, Arbeitsanreize zu verbessern, allein nicht unbedingt ausreicht, um Armut trotz Arbeit anzugehen. Einige der Maßnahmen, von denen Politikerinnen und Politiker behaupten, dass sie Armut trotz Arbeit angehen bzw. dafür sorgen, „dass sich Arbeit lohnt“, sind genau genommen eher eine Verstärkung der Anreize für einzelne Personen, eine Arbeit anzunehmen; sie zielen eher darauf ab, die Abhängigkeit von Sozialleistungen zu beschränken anstatt den Menschen ein Leben in Würde sicherzustellen. Angesichts der oben genannten komplexen Gründe für Armut trotz Arbeit, liegt es auf der Hand, dass es nicht ausreicht, sich nur auf eine Form der Unterstützung zu verlassen, um ein so überaus vielschichtiges Phänomen wirklich anzugehen.

Die Bekämpfung der Armut trotz Arbeit erfordert eine Vielzahl von Maßnahmen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Das anhaltende Problem der Niedriglöhne muss vorrangig angegangen werden. Dies kann auf verschiedene Weise geschehen: Die Einführung oder Erhöhung nationaler Mindestlöhne, Bemühungen, Maßnahmen auf einen Anstieg der Löhne für Beschäftigte in bestimmten Bereichen zu richten, eine bessere Abdeckung durch Gewerkschaften und Mitgliedschaft in Gewerkschaften in den Niedriglohnbereichen.

Adäquate Sozialleistungssysteme sind ebenfalls nötig. Armut trotz Arbeit wird nicht bekämpft, indem Sozialleistungen niedrig gehalten werden. Ein solcher Ansatz verschärft nur das Problem und sorgt dafür, dass mehr Menschen in dem Zyklus „Armut trotz Arbeit und Armut bei Arbeitslosigkeit“ gefangen sind. Abgesehen von adäquaten Sozialleistungssystemen sind auch Maßnahmen nötig, die auf die Qualität der über den Arbeitsmarkt erhältlichen Jobs abzielen. Dafür sind nicht nur Gesetze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nötig, sondern auch das konstruktive Engagement der Arbeitgeber, um sicherzustellen, dass sie bewährte Verfahren umsetzen.

Diejenigen wiederum, die sich in Europa im Kampf gegen Armut engagieren, müssen anfangen, eine Verbindung zwischen den Menschen herzustellen, die Armut sowohl mit Arbeit als auch ohne Arbeit erleben. Vor dem Hintergrund eines immer flexibler werdenden europäischen Arbeitsmarktes wird die Unterscheidung zwischen Armut trotz Arbeit und Armut bei Arbeitslosigkeit immer unklarer. Organisationen im Kampf gegen Armut müssen daher die Herausforderung der Armut trotz Arbeit ernst nehmen und die zur Bekämpfung dieses wachsenden Problems nötigen Strategien, Kampagnen und Bündnisse entwickeln.

Funktioniert Flexicurity in Zeiten der Krise? Das dänische Flexicurity-Modell

Ole Meldgaard, EAPN-Dänemark, EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Ein flexibler Arbeitsmarkt ist für die wirtschaftliche Entwicklung von Vorteil. Arbeitsplätze müssen geschaffen werden und Arbeitsplätze müssen gestrichen werden, wenn sie nicht länger nötig und schlecht bezahlt sind. Die Anpassung des Arbeitsmarktes und die Flexibilität mit häufigen Arbeitsplatzwechseln sind ein Plus in einer offenen und globalen Wirtschaft, mit dem die ständige Änderung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen wird.

Ein flexibler Arbeitsmarkt ist aber sozial nur dann akzeptabel, wenn der Staat – oder eine andere dritte Partei, die nicht zum Arbeitsmarkt gehört – ein soziales Sicherheitsnetz garantiert, mit einem hohen Einkommensausgleich und Sicherheit in Perioden der Arbeitslosigkeit sowie dem Recht auf dauerhafte Bildung und Fortbildung, um die einzelnen Arbeitskräfte für neue Jobs zu qualifizieren. Wirtschaftliche Sicherheit ist also die Grundlage für Flexibilität und für die Bereitschaft zu häufigen Arbeitsplatzwechseln.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Maßnahmen gegen die Krise und Sparmaßnahmen nicht dem empfindlichen Gleichgewicht schaden, das auf dem Arbeitsmarkt zwischen Flexibilität, Sicherheit und aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen besteht. Wird eine Säule gekürzt, nimmt das ganze Modell Schaden.

In der Zeit von 2000 bis 2009 funktionierte das dänische Arbeitsmarktmodell sehr gut und wurde in den europäischen Ländern für die Anwendung der Flexicurity bekannt. Flexicurity bedeutet eine auf dem Markt basierende Beschäftigungspolitik mit einem geringen Arbeitsplatzschutz, in Verbindung mit einer staatlich garantierten Einkommenssicherheit auf hohem Niveau. In dieser Zeit gehörte die Arbeitslosenquote zu den niedrigsten in der EU; die Beschäftigung erreichte einen Spitzenwert, und die Mobilität und die Arbeitsplatzfluktuation waren hoch. In den Jahren 2006-2007 wechselten circa 27 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Job oder erlebten eine Periode der Arbeitslosigkeit. Selbst in guten Jahren sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine gewisse Zeit von Arbeitslosigkeit betroffen. Aufgrund der Flexibilität waren selbst in den Jahren mit einer sehr geringen Arbeitslosigkeit etwa ein Zehntel der Mitglieder der Arbeitslosenfonds zeitweilig von Arbeitslosigkeit betroffen. Als die Krise ausbrach, war es für dänische Arbeitgeber recht leicht, die Belegschaft mit einer Reduzierung der Kosten an die neuen Umstände anzupassen: Stellen wurde gestrichen. Wahrscheinlich konnte auf diese Weise die Anzahl der Firmenschließungen minimiert werden.

Sparmaßnahmen für den nationalen Haushalt, mit denen die Kriterien des EU-Stabilitätspaktes erfüllt werden sollen, haben jedoch in jüngster Zeit das Modell in Gefahr gebracht. Flexibilität und Mobilität sind in Dänemark nach wie vor hoch; die Einkommenssicherheit wird aber bedenklich untergraben: Der Ausgleich im Falle von Arbeitslosigkeit wurde geringer, und die Bezugszeit von Arbeitslosenunterstützung wurde von vier auf zwei Jahre gekürzt (die neue Regierung hat beschlossen, die Kürzung beizubehalten, wird aber deren Inkrafttreten, gezählt ab Oktober 2011, um ein halbes Jahr verschieben). Auch die im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik vorgesehenen Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Erwachsenenbildung und Fortbildungsmöglichkeiten werden wohl allgemein unter Haushaltskürzungen leiden, zum Schaden der dritten Säule.

Dies alles geschieht in einer Zeit, in der mehr Menschen arbeitslos sind als vor der Krise. Die dänischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren das Vertrauen in ihre Wirtschaft und in ihre Zukunft auf dem Arbeitsmarkt. Als Antwort auf diese Herausforderungen verlangen Gewerkschaften längere Kündigungsfristen, höhere Abfindungen und eine größere Arbeitsplatzsicherheit. Die Einführung von Abfindungen war zum ersten Mal seit Jahren ein Thema bei den letzten Tarifverhandlungen und wurde

für die Bereiche Industrie und Transport vereinbart. Die Arbeitgeber müssen jetzt drei Monate lang die Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung und 85 % des letzten Monatsgehaltes zahlen. Arbeitsmarktexperten fragen bereits, ob dies das Ende der Flexicurity und der einfachen Kündigungen bedeutet. Wenn der Staat die Sicherheit reduziert, müssen die Arbeitgeber mittels Vereinbarungen mehr Einkommenssicherheit bieten, was dem Prinzip der einfachen und billigen Kündigung widerspricht. Dies kann zu einer Zurückhaltung bei den Einstellungen führen bzw. zur Einstellung von Aushilfen und Zeitarbeitskräften.

Eine starke und kompetente Gewerkschaftsbewegung mit einer hohen Mitgliederzahl ist für eine gute Flexicurity und effektive Tarifverhandlungen von entscheidender Bedeutung. Vor kurzem wurde die Obergrenze für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Gewerkschaftsbeiträgen gesenkt. Dies kann sich negativ auf die Mitgliederzahl der Gewerkschaften auswirken und so die Reichweite der Tarifverträge einschränken. Die hohe Mitgliederzahl der Gewerkschaften rechtfertigt, dass zahlreiche Arbeitsmarktentscheidungen den Sozialpartnern überlassen werden. Wenn die Mitgliederzahlen jedoch sinken, wird es schwieriger, das dänische Flexicurity-Modell beizubehalten, und die Politikerinnen und Politiker könnten versuchen, ihren Einfluss auf das Arbeitsmarktmodell auszuweiten, mit dem Risiko, dass das System rigider wird.

Das dänische Flexicurity-Modell steht somit aufgrund von Haushaltskürzungen unter politischem Druck und nicht etwa, weil es nicht funktioniert. Die Sparmaßnahmen können langfristige strukturelle Auswirkungen auf das Arbeitsmarktsystem mit sich bringen. Soziale Sicherheit und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen sind die Voraussetzungen für Flexibilität. Flexibilität ist kein kostengünstiges System, und Sparmaßnahmen können die Grundlage der Flexicurity - und auch die der Flexibilität - zerstören.

Flexicurity wird von der Europäischen Kommission als eine der übergreifenden politischen Prioritäten und als ein Leitprinzip der 2020-Strategie stark gefördert. Gleichzeitig haben sich die Europäische Union und die meisten Mitgliedstaaten dazu entschlossen, den Staatsdefiziten mit Kürzungen der öffentlichen Ausgaben zu begegnen, womit sie in einigen Fällen das Fundament eines dynamischen Arbeitsmarktes direkt schädigen. Dies bedeutet nicht nur Entbehrungen für die Arbeitslosen, für die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernten Menschen und für die Menschen, die von Armut betroffen sind: Die Anreize für Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt werden ebenfalls blockiert. Das ist eine armselige politische Antwort auf die Herausforderung, die die Erholung Europas bedeutet.

Unsere Forderung lautet nach wie vor „Arbeit oder volle Unterstützung“

Colin Hampton, European Network of the Unemployed, EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

„Arbeit ist der Weg aus der Armut“ – Diese Aussage hört man unisono von den Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien im Vereinigten Königreich. Unter unglaublicher Missachtung ihrer eigenen wirtschaftlichen Prognosen präsentieren sie nach wie vor diese einzige Lösung für das Problem Armut, und dies ungeachtet der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt.

Mit Medien, die begeistert das Mantra der Politikerinnen und Politiker wiederholen und dabei praktischerweise vergessen, dass ein großer Prozentsatz der von Armut betroffenen Menschen ein Familienmitglied hat, das arbeitet, kommt es nicht überraschend, dass die Ministerinnen und Minister die Problematik nicht auf informierte und strategische Weise angehen.

Steuerung der öffentlichen Meinung über die Medien

Im Vereinigten Königreich führte dies dazu, dass Maßnahmen, die in der Theorie entwickelt wurden, um Menschen näher an den Arbeitsmarkt und zurück in die Arbeit zu bringen, in Wirklichkeit dazu beitrugen, viele Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen noch tiefer in die Armut zu treiben. Die Wahrscheinlichkeit ist äußerst gering, dass sie Arbeit in Regionen finden, in denen bereits viele Menschen ohne diese Beeinträchtigungen Arbeitsstellen suchen.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs beabsichtigt, mehr als 1,5 Millionen Menschen, die aktuell Leistungen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit beziehen (Incapacity Benefit - IB) in das neue System der Beschäftigungs- und Unterstützungshilfe (Employment and Support Allowance - ESA) zu überführen, zu dem die gefürchtete Bewertung der Arbeitsfähigkeit gehört (Work Capability Assessment - WCA).²

„Diese Politik zielt darauf ab, Leben zu retten und nicht Geld zu sparen“, sagt der Minister und Abgeordnete Chris Grayling. Leider haben viele Politikerinnen und Politiker die Statistiken zu den Auswirkungen einer längeren Abhängigkeit von Sozialhilfe dazu benutzt, um ihre Angriffe auf die Empfänger dieser Leistungen zu rechtfertigen. Die von den aufeinanderfolgenden Regierungen geführte Medienkampagne benötigte 25 Jahre, um die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass die hohe Anzahl der Menschen, die Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit beziehen, angegangen werden muss. Es wurden konstant Geschichten von Sozialhilfeempfängern verbreitet, die an Marathonläufen teilnehmen, Tanzunterricht geben oder arbeiten gehen, obwohl sie Hilfsleistungen beziehen, mit folgender Konsequenz: Würde man heute die breite Öffentlichkeit fragen, welches Wort sie mit „Sozialhilfe“ assoziiert, so wäre die automatische Antwort ein entrüstetes „Schnorrer!“. Als Folge wird hunderttausenden von Menschen die Sozialhilfe um mehr als 25 Pfund pro Woche gekürzt, mit dem Hinweis, dass sie sich eine Arbeit suchen sollen. Dies wird unter dem Motto verkauft „Wer sein Kind lieb hat, züchtigt es“ und soll im Interesse der Sozialhilfeempfänger und der Steuerzahler sein.

² Bei der WCA handelt es sich um einen oberflächlichen Test, zu was eine Person in der Lage ist. Für gewöhnlich wird der Test von einem „Behinderungsanalytiker“ (disability analyst) durchgeführt, der Antworten in ein PC-Formular aufnimmt. ESA ist eine Leistung, die beantragt werden kann, wenn bei der WCA mindestens 15 Punkte erreicht wurden. Antragsteller werden entweder der „Arbeitsbezogene Aktivitäten-Gruppe“ oder der „Unterstützungsgruppe“ zugeordnet. Wer in der „Unterstützungsgruppe“ landet (darunter auch die unheilbar Kranken), wird als arbeitsunfähig angesehen. Die entsprechende Leistung liegt mehr als 25 Pfund pro Woche über der „Job Seekers Allowance“ (Unterstützung für Arbeitsuchende).

Noch viele weitere Menschen werden durchfallen

Organisationen gegen Armut haben bereits (in den wenigen Zeitungen, die sich getrauen, die Agenda der Regierung in Frage zu stellen) für Schlagzeilen gesorgt, und zwar mit Geschichten von Todesfällen, die auf diese Politik zurückzuführen sind. Ein Sozialhilfeempfänger mit Herzproblemen starb am Tag vor seiner zweiten WCA. Er war bei der ersten WCA durchgefallen, hatte dann aber vor Gericht erreicht, dass die Entscheidung revidiert und eine zweite WCA angeordnet wurde. Seine Familie ist davon überzeugt, dass der konstante Druck, dem er ausgesetzt war, entscheidend zu seinem Tod beigetragen hat.

Die WCA wird ohne Rücksicht auf medizinische Nachweise durchgeführt. Eine Überprüfung des Systems, die auf die schlechte Publicity folgte, brachte einige Verbesserungen (mit dem Ziel, die Zahl der Einsprüche zu reduzieren und um zu verhindern, dass das peinliche Ergebnis von 0 Punkten erreicht wird). Der Test selbst wurde aber verschärft, sodass noch viele weitere Menschen durchfallen werden.

Entweder man funktioniert zu 100 % oder...

Die „Derbyshire Unemployed Workers' Centres“ führten in den letzten zehn Jahren Untersuchungen durch, um herauszufinden, welche Hindernisse Menschen, die Leistungen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit beziehen, bei der Beschäftigung sehen. Die Regierung weist ja ständig darauf hin, dass viele dieser Menschen gerne arbeiten würden. Die Gründe, mit denen sie erklären, warum sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, haben zwei Seiten: Für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen gibt es kaum Arbeitsplätze. Für Jobs in einer zunehmend wettbewerbsorientierten Wirtschaft muss man zu 100 % funktionieren, und diese Jobs gehen mit Anforderungen einher, die jene Menschen entmutigen, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes nicht immer leistungsfähig sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg, zu Zeiten einer relativen Vollbeschäftigung (zumindest für Männer!), fanden sich in Fabriken häufig leichtere Arbeiten für diejenigen, die gesundheitlich eingeschränkt waren. Menschen mit Lernschwierigkeiten wurden in die Belegschaft integriert; und wenn sie auch nur nebensächliche oder untergeordnete Aufgaben zugewiesen bekamen, so hatten zumindest viele von ihnen noch einen Arbeitsplatz.

In den letzten Jahrzehnten, mit dem Niedergang vieler traditioneller Industrien und der Privatisierung großer Wirtschaftsbereiche, einschließlich der öffentlichen Dienstleistungen, gibt es praktisch keine Möglichkeiten mehr für Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen, dort eine Arbeit zu finden, wo das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage bei weitem übersteigt.

Menschen, die Leistungen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit beziehen, sehen aber noch ein zweites großes Hindernis beim Zugang zu bezahlter Arbeit: Diskriminierung seitens der Arbeitgeber. Und dies ist der Punkt, den die Politikerinnen und Politiker in den Debatten grundsätzlich auslassen. Schaut man in den Statistiken nach, wo die meisten Empfänger von Leistungen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit leben, so erkennt man einen direkten Zusammenhang mit den jeweiligen lokalen Beschäftigungsquoten. Wo eine hohe Beschäftigungsquote existiert, finden sich wenige Empfänger von Leistungen aufgrund von Arbeitsunfähigkeit und umgekehrt. Wenn sich Arbeitgeber eine Diskriminierung nicht erlauben können, finden Menschen mit gesundheitlichen Problemen einen Job!

Wenn der Abgeordnete Chris Grayling wirklich Leben retten möchte...

Wenn der Abgeordnete Chris Grayling wirklich Leben retten möchte, sollte er diese Fakten berücksichtigen. Ein erster Schritt wäre, der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor dem Streben nach Gewinn einzuräumen. Den Kranken ohne Unterlass für ihre eigene Arbeitslosigkeit die Schuld zu geben, ist zwar Musik in den Ohren der rechten Medien, doch gehört dieses „Argument“ nicht in einen strategischen Ansatz zur Reduzierung der Anzahl der Sozialhilfeempfänger. Armut ist der Hauptgrund für

einen schlechten Gesundheitszustand. Eine Kürzung der Leistungen, um das Staatsdefizit zu verringern, ist die schlimmste einer Reihe falscher Sparmaßnahmen, da wir auf diese Weise künftige Gesundheitsprobleme schaffen.

Arbeit kann ein Weg aus der Armut sein, sie muss aber nachhaltig und qualitativ hochwertig sein, um die Menschen und ihre Familien aus ihrer Zwangslage zu befreien. Die Arbeitslosenbewegung zwischen den Weltkriegen benutzte den Slogan „Arbeit oder volle Unterstützung“. Wir sollten diese Forderung heute erneuern und denen die Zügel aus der Hand nehmen, die alle Menschen an die Arbeit schicken wollen und somit viele noch tiefer in die Armut treiben.

Gleichstellung der Geschlechter und Gender Mainstraming: Die Aktuelle Situation

von Quinta Ansem, EAPN-Niederlande

Ein für das EAPN-Niederlande besonders wichtiges Thema ist die Gender Mainstreaming-Politik und deren Folgen für die Frauen auf nationaler und europäischer Ebene, insbesondere im Bereich Beschäftigung.

Es gab eine Zeit, als Gleichstellung der Geschlechter und Gender Mainstreaming auch bedeutete, auf die Lage der Männer zu schauen. Im Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010) – der im Rahmen der Lissabonner Strategie die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben angeht – liest sich eines der Ziele folgendermaßen: „Männer sollen ermutigt werden, Elternurlaub zu nehmen oder Teilzeit zu arbeiten“. Rückblickend scheint es, als sei dieses letzte Ziel, das eine echte Gleichstellung der Geschlechter sowohl im Berufs- als auch im Privatleben fördern möchte, völlig in Vergessenheit geraten. Heutzutage wird einem größeren Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zunehmend Priorität eingeräumt, um (den Frauen) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wobei sich das Gleichgewicht hin zu mehr (bezahlten) Arbeitsstunden verschoben hat.

Bei dieser Entwicklung kommen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ganz klar vor dem Recht der Menschen auf ein Privatleben. Unterstützt wurde sie von der Behauptung, dass es für Kinder gut sei, mehr Zeit in Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbringen, und zwar je früher, desto besser. Durch das Spiel mit anderen Kindern würden ihre sozialen Kompetenzen entwickelt. Dies mag stimmen, doch können wir nicht die allgemeine Ansicht akzeptieren, die in Kindern eine Last sieht, die sich negativ auf die berufliche Situation und wirtschaftliche Unabhängigkeit auswirkt.

Dies bedeutet nämlich, dass Eltern, die die Erziehung ihrer Kinder mit einem anständigen Arbeitsplatz verbinden möchten, sowohl bei ihrem Arbeitgeber als auch bei ihren Arbeitskollegen zunehmend auf Unverständnis stoßen. Aufgrund dieses fehlenden Verständnisses haben die Menschen Angst, Flexibilität einzufordern, z.B. wenn eines ihrer Kinder krank wird. Der Arbeitsmarkt und die Vorstellung, dass nur ein bezahlter Job aus der sozialen Ausgrenzung führt, haben alle anderen Überlegungen verdrängt.

Es gibt keine Diskussion mehr über das Recht, sich um seine Familie zu kümmern und Zeit mit ihr zu verbringen. Es scheint nur noch eine Wahlmöglichkeit zu geben: Finde einen Job und verbringe so viel Zeit wie möglich mit Arbeiten; gib deine Kinder so früh wie möglich und so lange wie möglich in Betreuungseinrichtungen ab.

EAPN-Niederlande ist über diese Entwicklung besorgt. Seit mehr als zehn Jahren versucht EAPN-Niederlande, über seine Mitgliedsorganisationen an der Basis, das Gleichgewicht hin zu einem größeren sozialen Zusammenhalt zu verschieben, der die wichtigste Voraussetzung für eine gesunde Gesellschaft ist. Die Möglichkeit, sich um geliebte Menschen zu kümmern, um Kinder, Eltern, Verwandte oder Partner, sollte in unserem Leben im Mittelpunkt stehen. EAPN-Niederlande riet der Regierung, Alleinerziehenden einen Teilzeitjob von maximal 26 Stunden pro Woche zu ermöglichen (einschließlich des Weges von und zur Arbeit), und, wenn nötig, finanzielle Unterstützung zu gewähren, damit der gesetzliche Mindestlohn erreicht wird. Einrichtungen zur Kinderbetreuung würden die Stunden abdecken, für die es keine andere Lösung gibt.

Es kam zu einem neuen Gesetz mit dem Titel VAZALO, das eigenartigerweise aber noch immer auf seine Umsetzung wartet. Der Idealfall sähe für EAPN-Niederlande so aus, dass jeder einen Teilzeitjob hat, der genügend Zeit für das Privatleben lässt. Beide Eltern mit einem Teilzeitjob sollten in der Lage sein, sich um ihre Familie zu kümmern, indem sie sich familiäre Pflichten und die Arbeitszeit teilen. Für

Alleinerziehende sollte es flexible Arbeitszeiten und Telearbeit geben, verbunden mit finanziellen Zusatzleistungen.

Die Löhne für Teilzeitarbeit reichen aber für ein Leben in Würde nicht aus. Für Alleinerziehende ist selbst ein Vollzeitgehalt häufig nicht ausreichend. Die hier vorgeschlagene Lösung sieht folgendermaßen aus: Insbesondere Alleinerziehende sind auf teure, weit von ihrer Wohnung entfernt liegende Kinderbetreuungseinrichtungen mit langen Öffnungszeiten angewiesen, damit sie mehr Stunden arbeiten können, um eine Familie finanziell zu unterhalten, die sie quasi nie sehen.

Es ist Zeit, das Paradigma „Nur die Arbeit zählt“ in Frage zu stellen. Die Zeit ist reif, darüber nachzudenken, in welcher Art von Gesellschaft wir leben wollen. Anstatt unser Privat- und Familienleben an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen, sollte lieber der Arbeitsmarkt flexibler werden und sich nach familiären Betreuungspflichten richten. UNICEF rät Folgendes: *„Anstatt zu versuchen, unzuverlässige, qualitativ minderwertige Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern, wäre es eine effektivere Maßnahme, Eltern dabei zu unterstützen, ihre Kleinkinder im ersten entscheidenden Lebensjahr selbst zu betreuen.“* (The Childcare Transition, Report Card 8, Unicef 2008)

Gleichstellung der Geschlechter bedeutet nämlich nicht, die *„Situation der Frauen auf dem (bezahlten) Arbeitsmarkt zu verbessern“*; vielmehr geht es darum, die *„sozialen Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu betrachten“* und zu versuchen, diese Unterschiede auszugleichen.

Regionale Wirtschaft und lokale Initiativen: Der Jobmotor in Frankreich

von Patrick Boulte, EAPN-Frankreich, EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

„Frankreich hat immer noch ein langsames Wachstum in Verbindung mit Massenarbeitslosigkeit: Ende 2010 gab es 3,4 Millionen Arbeitsuchende.“ (La Croix, 14.03.11) „Zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem vierten Quartal 2009 gingen in der französischen Wirtschaft 600 000 Jobs verloren, darunter 240 000 Jobs in der Industrie (Zeitarbeitsstellen ausgenommen) und 180 000 Zeitarbeitsjobs.“ (Inter-Régions Nr. 292 - September-Oktober 2010.)

Die Industrieregionen wurden vom Arbeitsplatzabbau am härtesten getroffen. Regionen mit einer stärker auf Dienstleistungen ausgerichteten Wirtschaft wurden eher verschont. Die Beschäftigung hat sich in der Region Ile-de-France gut gehalten, was vor allem auf die dort ansässigen großen Arbeitgeber zurückzuführen ist, die in Boomzeiten zwar weniger Jobs schaffen, dafür aber besser gegen eine Krise gewappnet sind.

Politische Maßnahmen haben dazu beigetragen, den krisenbedingten Jobabbau zu dämpfen, indem sehr kleinen Unternehmen temporäre Hilfe geboten wurde (so gab es seit Beginn des Hilfsprogramms im Dezember 2008 bis April 2010 mehr als 900 000 Neueinstellungen) und auch, indem subventionierte Arbeitsplätze weiterhin finanziert werden, was eine große Last für den Staatshaushalt darstellt (im Jahr 2009 z.B. 100 000 Stellen im kommerziellen Sektor und 350 000 im Non-Profit-Sektor).

Staatliche Unterstützung gibt es auch bei der Neuordnung von Unternehmen, wodurch die Auswirkungen auf die Kommunen ausgeglichen werden sollen.

Die „geschützten“ und die „gefährdeten“ Jobs

Dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Frankreich nicht gut funktioniert, ist ein Problem, das schon lange vor Beginn der Krise bestand. Seit den 1970er Jahren hat es Frankreich versäumt, eine auf die Zukunft ausgerichtete Industriepolitik zu entwerfen. Die zunehmende Massenarbeitslosigkeit wurde als vorübergehendes Problem angesehen, dem mit kurzfristigen Maßnahmen beizukommen sei. Da Frankreich einen stark segmentierten Arbeitsmarkt mit einer klaren Unterscheidung zwischen „geschützten“ und „gefährdeten“ Jobs hat, haben die Beschäftigungsmaßnahmen zweifellos die prekäre Lage verschärft, in der sich ein Teil der arbeitenden Bevölkerung befindet.

Gerade von diesem Teil der Bevölkerung, der größte Schwierigkeiten hat, auf dem normalen Arbeitsmarkt eine bezahlte Arbeit zu finden, wird gefordert, dass er das Risiko einer Geschäftsgründung auf sich nimmt. Zur Ermutigung wurde ein spezieller Kleinunternehmerstatus geschaffen („auto-entrepreneur“), der weitgehend frei von Bürokratie ist. Das Programm war seit seiner Einführung überaus erfolgreich (am 31.1.2011 waren 660 000 Start-Ups von Kleinunternehmen registriert), doch ist eher zweifelhaft, ob es sich für alle Jungunternehmer auch wirklich um ein lohnendes Geschäft handelt.

Dies ist eine Antwort auf den Mangel an Arbeitsplätzen. Weitere Antworten finden sich in der Aufmerksamkeit, die regionale Behörden in ihren Bemühungen, ihren Wirtschaftssektor zu erhalten und neu zu beleben, den Kleinunternehmen zukommen lassen. Dies spiegelt sich in den sehr detaillierten Entwicklungs- und Jobprogrammen wider, die einige lokale Behörden ausgearbeitet haben, um festzustellen, was Unternehmen den Zugang zu Finanzierungsinstrumenten verbaut und um regionale Antworten auf die Weiterbildungsbedürfnisse von Arbeitgebern und Arbeitsuchenden zu entwickeln. All diese Bemühungen entsprechen den Empfehlungen der Strategie Europa 2020.

Eingliederung durch Arbeit - ein Sektor, dem die Anerkennung fehlt

Der Sektor, der für die Eingliederung durch Arbeit bekannt ist, liefert ebenfalls Antworten. Hier sind insbesondere die kommunalen Ausbildungsunternehmen zu nennen, die wirtschaftliche Initiativen ergreifen und gleichzeitig die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen wieder herstellen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Dieser Sektor leidet an einer mangelnden Fortdauer der ihn betreffenden staatlichen Maßnahmen und an der Geringschätzung seitens des Teils der öffentlichen Verwaltung, der er untersteht. Darüber hinaus wird er durch die Unsicherheit der öffentlichen Finanzierung geschwächt, von der er abhängt, um die zusätzliche Supervision sicherzustellen, die nötig ist, um Menschen mit Schwierigkeiten den Weg in die Arbeit zu ebnen. Aus diesem Grunde hat COORACE, ein Verband der Ausbildungsunternehmen und Mitglied von EAPN-Frankreich, seinen Mitgliedern vorgeschlagen, dass sie sich nicht länger als „Schleusenkammer“ zur Beschäftigung von Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind, sehen sollen; vielmehr sollen sie sich deutlicher als Motor wirtschaftlicher Aktivitäten und der Beschäftigung zeigen, der einen direkten Beitrag zur Entwicklung seiner Region leistet.

Die regionale Frage

Die Auswirkungen des Arbeitsplatzmangels machen sich zwar in den Regionen am direktesten bemerkbar, doch werden auch gerade hier die Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen ergriffen. Die Realität und die Existenzbedingungen der regionalen Wirtschaft werden in der nationalen und europäischen Politik nicht genügend berücksichtigt. Auf europäischer Ebene geht es vor allem darum, die Hilfe aus den Strukturfonds zu erhöhen und darauf auszurichten, dass kleine und mittelgroße Unternehmen Zugang zu Finanzierung zu den gleichen günstigen Bedingungen wie große Unternehmen bekommen; außerdem muss der Zugang zu relevanter Weiterbildung für die Menschen gefördert werden, die sich auf dem Arbeitsmarkt befinden.

Gewerkschaften und Sozialbewegungen: Die Vorteile der Zusammenarbeit

von Philip O'Connor, EAPN-Irland, Vorsitzender der EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Sollen Sozialbewegungen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen? Trotz ihrer bisweilen unterschiedlichen Ziele und Interessen besteht kein Zweifel, dass beide sehr viel gemeinsam haben, insbesondere, wenn es darum geht, öffentliche Dienstleistungen zu verteidigen und weiterzuentwickeln und gemeinsame Lobbyarbeit für alternative Sozialmodelle durchzuführen. Ganz allgemein kann man sagen, dass sich beide Bewegungen dem sozialen Wandel verschrieben haben und die Lage der in der Gesellschaft am stärksten benachteiligten Menschen verbessern wollen. Es gibt daher eine klare Grundlage für eine Zusammenarbeit. Außerdem sind Gewerkschaften eine starke soziale Kraft, und sie wissen, wie man sich Gehör verschafft. Die Bestimmungen für den sozialen Dialog ermöglichen ihnen eine privilegierte Position bei Verhandlungen und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Eine Verbindung mit den Gewerkschaften einzugehen und diese für die Ziele des sozialen oder gemeinnützigen Sektors zu gewinnen, sollte daher eine Priorität sein. Der diesbezügliche irische Ansatz zeigt, wie effektiv ein Bündnis zwischen Gewerkschaften und dem gemeinnützigen Sektor sein kann.

In Irland bietet der gemeinnützige Sektor (Community and Voluntary Sector - C&V) ein breites Angebot an öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere auf lokaler Ebene. Bei diesem Angebot kann es sich um Dienstleistungen für Alleinerziehende, Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose, Kinderbetreuungsdienste, die unterschiedlichsten Dienstleistungen im Gesundheitsbereich usw. handeln. Normalerweise unterliegen diese Dienstleistungen Abkommen, die mit den Behörden abgeschlossen wurden.

Die Finanzierung, die Organisationen des gemeinnützigen Sektors für diese oft lebenswichtige Arbeit erhalten, wird von Behörden festgelegt, wobei ein Teil der Zuteilungen zunehmend für die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reserviert ist. Der gemeinnützige Sektor wurde von den umfangreichen Kürzungen, die der Staat als Antwort auf die Wirtschaftskrise vornahm, besonders hart getroffen. Eine Untersuchung, durchgeführt von Brian Harvey im Auftrag von IMPACT, der größten Gewerkschaft des öffentlichen Sektors, schätzt, dass die von 2009 bis 2010 vorgenommenen Kürzungen und die weiterhin geplanten Kürzungen 30 % der Finanzierung des Sektors ausmachen und mehr als 8000 Arbeitsplätze kosten können. Der Sektor hat sich 2008 mobilisiert und verschiedene Kampagnen ins Leben gerufen, die eine große öffentliche Wirkung zeigten; insbesondere ist hier die Kampagne „Poor Can't Pay“ (Arme können nicht zahlen) zu nennen, die während der letzten Haushaltsdebatte ein großes Echo in den Medien fand, sowie die Kampagne „Claiming Our Future“ (Wir fordern unsere Zukunft ein), die Ende letzten Jahres über 1000 Aktivisten zu einem Workshop zusammenbrachte.

Der gemeinnützige Sektor hat erkannt, wie wichtig eine enge Verbindung zu den Gewerkschaften ist. So bekamen etwa die beiden oben genannten Kampagnen große Unterstützung vom irischen Gewerkschaftskongress ICTU. Darüber hinaus wurde 2008 eine gemeinsame Kampagnengruppe der Gewerkschafter des gemeinnützigen Sektors gegründet, um die Ausgaben für Projekte des gemeinnützigen Sektors zu verteidigen. Die drei größten Gewerkschaften des Sektors haben jetzt spezielle Zentralen für ihre Mitglieder aus dem gemeinnützigen Sektor eingerichtet. Darüber hinaus hat der nationale Vorstand des irischen Gewerkschaftskongresses jüngst der Einrichtung eines Gewerkschaftsausschusses des gemeinnützigen Sektors auf nationaler Ebene zugestimmt (nach dem Vorbild seines mächtigen Ausschusses der öffentlichen Dienstleistungen). Dieser Ausschuss wird sich aus Funktionären und gewählten Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Gewerkschaften zusammensetzen und wird auf nationaler Ebene direkt mit der Regierung verhandeln, um die Interessen des Sektors voranzubringen.

Dies ist eine bedeutende Entwicklung und außerdem das Ergebnis einer mehr als fünfjährigen engen Zusammenarbeit zwischen den Organisationen des gemeinnützigen Sektors und der Gewerkschaftsbewegung - eine Entwicklung, an der auch EAPN-Irland wesentlich beteiligt war. Die Gewerkschaften haben die Agenda des gemeinnützigen Sektors weitgehend angenommen (z.B. Schutz von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen für die verletzlichsten Gruppen und Gemeinschaften der Gesellschaft). Außerdem haben sie das Dokument von EAPN-Irland zur konstruktiven Aktivierung (Eingliederung) gebilligt und die Position des gemeinnützigen Sektors zu Mindesteinkommen und Dienstleistungen im nationalen wirtschaftlichen und sozialen Rat unterstützt.

Durch diese Zusammenarbeit konnte die Stimme des gemeinnützigen Sektors in Irland gestärkt werden. Außerdem konnte die Regierung durch die gemeinsamen Aktionen mit den Gewerkschaften zu einem direkten Dialog mit dem gemeinnützigen Sektor gebracht werden bzw. dazu gebracht werden, die organisierte Stimme des gemeinnützigen Sektors zur Kenntnis zu nehmen.

Die Arbeit von EAPN beim Aufbau von Bündnissen auf europäischer Ebene ist ebenfalls lehrreich. Dies spiegelt sich in der im März 2011 organisierten gemeinsamen Sozialkonferenz und der Veröffentlichung eines gemeinsamen Manifestes wider, die das Ergebnis zahlreicher Treffen von EAPN mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und mit weiteren Sozialbewegungen sind. Über diese Zusammenarbeit konnten die gemeinsamen Ansichten der Gewerkschaften, der Sozialbewegungen und von EAPN den sozialen Dialog auf europäischer Ebene beeinflussen, z.B. im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Olympische Jugendspiele in Österreich - Unterstützung der sozialökonomischen Unternehmen durch Sozialklauseln in öffentlichen Aufträgen

von Judith Pühringer, EAPN-Österreich, EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Schindel & Holz, ein österreichisches sozialökonomisches Unternehmen mit Sitz in Lienz (Südtirol), hat eine Ausschreibung gewonnen und wird die Häuser des olympischen Dorfes in Innsbruck mit Möbeln ausstatten. Die Stadt Innsbruck, 2012 Gastgeberin der Olympischen Jugend-Winterspiele, hatte eine europaweite Ausschreibung vorgenommen.

Die Besonderheit (die für Österreich ein Novum war) bestand darin, dass die Ausschreibung soziale Kriterien vorsah, wie etwa die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in dem Unternehmen, das das Mobiliar herstellen soll. Schindel & Holz ist ein österreichisches Unternehmen der sozialen Eingliederung, mit 10 Beschäftigten mit fixen Arbeitsplätzen und circa 45 weiteren mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Das Komitee für die Olympischen Jugendspiele hat hier Neuland betreten und Mut bewiesen, indem es zeigte, dass soziale Kriterien bei öffentlichen Aufträgen angewandt werden können, mit dem Ziel die Sozialwirtschaft in Österreich zu unterstützen. Anton Kern, der Landesgeschäftsführer des AMS-Tirol (AMS - Arbeitsmarktservice) hofft ebenso, dass *„dies ein Umdenken bei großen Unternehmen der Privatwirtschaft bewirkt“*.

Für die österreichischen WISE (Work Integration Social Enterprises - soziale Unternehmen für berufliche Eingliederung) ist dies ein überaus positives und wichtiges Beispiel, wie (speziell öffentliche) Aufträge WISE – und die Sozialwirtschaft allgemein – stärken können. WISE sind private Non-Profit-Organisationen, die Langzeitarbeitslosen und benachteiligten Personen Arbeitsplätze, Weiterbildung und Projekte zur sozialen Eingliederung bieten. Es handelt sich um Unternehmen, die aufgrund ihrer sozialen Verantwortung positive Veränderungen herbeiführen.

Heribert Pichler, Geschäftsführer von Schindel & Holz, sagt: *„Diese Ausschreibung gewonnen zu haben, ist für unser Unternehmen in vielerlei Hinsicht von Bedeutung: Es handelt sich um ein wichtiges Signal für künftige Auftragsvergabeverfahren in Österreich, und Teil eines Großprojektes wie die Olympischen Spiele zu sein, erfüllt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Unternehmens mit großem Stolz.“*

Europäisches Jahr 2012: Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen - Die Perspektive für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Von Rachel Buchanan, AGE Platform, EAPN-Arbeitsgruppe Beschäftigung

Warum ein Europäisches Jahr für aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen?

Alle Mitgliedstaaten der EU stehen noch nie dagewesenen demografischen Herausforderungen gegenüber, die zusätzlich von schwierigen, oft sogar harten wirtschaftlichen Bedingungen verstärkt werden, während sie versuchen, sich von der Finanzkrise zu erholen. Politische Entscheidungsträger müssen die effizientesten Wege finden, um ihre Ziele zur Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes mit der Notwendigkeit zu vereinbaren, in Maßnahmen zu investieren, die die immer zahlreicher werdenden älteren Menschen unterstützen, damit diese am Arbeitsmarkt, der Wirtschaft und der Gesellschaft aktiv teilhaben bzw. hier einen Beitrag leisten können.

Dies erfordert optimale Bedingungen für die physische, soziale und psychische Gesundheit, damit ältere Menschen an allen Lebensbereichen aktiv teilhaben können. Das kommende Europäische Jahr sollte daher die Gelegenheit bieten, das Bewusstsein für den Beitrag älterer Menschen zu schärfen; es geht darum, bewährte Verfahren zu ermitteln und zu verbreiten, eine größere Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Generationen zu fordern und Entscheidungsträger und relevante Akteure auf allen Ebenen zu mobilisieren, damit das aktive Altern gefördert wird. Damit dies erreicht wird, ist politisches Engagement auf europäischer und nationaler Ebene notwendig, um für aktives Altern zu sensibilisieren, insbesondere im Bereich Beschäftigung.

Warum ein Schwerpunkt auf der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Strategien zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen leider nicht im Mittelpunkt der Beschäftigungspolitik der meisten Mitgliedstaaten, und das Alter als Maßstab für Gesundheit oder Fähigkeiten zu benutzen, ist immer noch weit verbreitet. AGE hält solche Verfahrensweisen für zweifelhaft und ist der Ansicht, dass sie aus einer bereits zu stark von Altersdiskriminierung geprägten Arbeitsplatzkultur entfernt werden müssen, die die Grundlage von Einstellungspraktiken und Personalpolitik bildet. Darüber hinaus ist AGE der Ansicht, dass alle Arbeitgeber, einschließlich Behörden und privater Sektor, die Pflicht haben, ein positiveres Bild der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern und Altersdiskriminierung zu bekämpfen.

Die Bekämpfung der Altersdiskriminierung ist auch im Interesse der Arbeitgeber. Da die Arbeitskräfte in Europa rapide altern, haben es Arbeitgeber zunehmend schwer, die qualifizierten Arbeitskräfte zu finden und zu halten, die sie benötigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Warum muss Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz bekämpft werden?

Die Besorgnis über die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeitsplätze, die älteren Beschäftigten zur Verfügung stehen, wird immer größer; Gleiches gilt für die Besorgnis bezüglich der Hindernisse, auf die sie treffen, wenn sie einen Arbeitsplatz behalten wollen oder wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen möchten, insbesondere, wenn sie unter dem Druck stehen, ihr Berufsleben mit Betreuungspflichten gegenüber Familienangehörigen in Einklang zu bringen. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ziehen auch oft den Kürzeren, weil Arbeitgeber zu Altersdiskriminierung neigen; außerdem sind sie unverhältnismäßig oft von Perioden der Arbeitslosigkeit betroffen. Am Arbeitsplatz selbst verletzen Altersdiskriminierung und Mobbing aufgrund des Alters die Würde älterer Menschen und schädigen ihr

Selbstwertgefühl, was wiederum zu einer geringeren Arbeitsmoral und einer geringeren Produktivität führt.

Arbeitgeber müssen unbedingt eine positivere Einstellung zu ihren älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickeln. Die vielen positiven Aspekte, die die Beschäftigung älterer Menschen mit sich bringt, müssen hervorgehoben und allgemein anerkannt werden, so etwa eine geringere Fluktuation der Belegschaft, ein flexibleres Verhalten am Arbeitsplatz, eine größere Zuverlässigkeit und ein reicher Erfahrungsschatz. Die Produktivität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nimmt mit dem Alter nachweislich nicht ab, und eine nachlassende körperliche Leistungsfähigkeit wird durch Qualitäten und Fertigkeiten kompensiert, die durch Erfahrung erworben wurden.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen die Wahl haben

Die Möglichkeit zur individuellen Entscheidung ist ein weiterer Punkt, der zu berücksichtigen ist. AGE ist der Ansicht, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit und die entsprechende Unterstützung bekommen sollten, um individuell zu entscheiden, ob sie über das in ihrem Mitgliedstaat geltende gesetzliche Rentenalter hinaus arbeiten möchten und dass mehr Mitgliedstaaten die nötigen Schritte zur Abschaffung des obligatorischen Rentenalters einleiten sollten.

Die Altersteilzeit sollte ebenfalls als positive Strategie angesehen werden, die viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu ermutigt bzw. befähigt, ihr Arbeitsleben zu verlängern, während sie gleichzeitig ihre Arbeitsstunden und ihre Verantwortlichkeiten reduzieren. Bestimmte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – insbesondere diejenigen mit schwierigen Arbeitsbedingungen oder Betreuungspflichten gegenüber Angehörigen – benötigen jedoch möglicherweise einen früheren Renteneintritt. Es sollte daher keinesfalls versucht werden, alle älteren Menschen zu längerer Arbeit zu verpflichten. Die Mitglieder von AGE sind der Meinung, dass es nicht Sache der EU ist, über offizielle Renteneintrittsalter zu entscheiden. Flexiblere Rentenbestimmungen sollten gefördert und obligatorische Renteneintrittsalter abgeschafft werden, sodass der einzelne Mensch in Hinblick auf seine Gesundheit, seine familiären Umstände, seine finanzielle Situation usw. entscheiden kann, wann er in Rente gehen möchte.

Was erwartet AGE vom Europäischen Jahr 2012?

AGE hofft, dass das Europäische Jahr 2012 für aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen dazu genutzt wird, alle relevanten Akteure zu mobilisieren, die das aktive Altern auf konstruktive und integrative Weise fördern möchten, einschließlich auf dem Arbeitsmarkt. AGE fordert darüber hinaus die gleiche Aufmerksamkeit für jüngere Menschen, die größte Probleme haben, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

Weitere Informationen, auch dazu, wie Sie sich am Europäischen Jahr 2012 beteiligen können, finden Sie auf der Website von AGE unter [Plattform Europe's website](#) oder lesen Sie folgendes Informationsblatt von AGE [AGE's EY2012 joint leaflet](#).

Beschäftigung, Arbeit, Jobs – Die Realität der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrung 2011

Das zehnte Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen fand vom 14. bis 15. Mai 2011 in Brüssel statt und behandelte das Thema *Beschäftigung, Arbeit, Jobs - Die Realität der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind*. Angesichts der sich verschlimmernden Krise (einhergehend mit Arbeitsplatzknappheit, Sozialleistungen, die immer schwieriger zu bekommen sind und einer Verschlechterung der Lebensqualität vieler Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind) fragten sich viele Anwesende, ob die neuen, von der Strategie Europa 2020 eingeführten Instrumente wirklich ihr Leben und das ihrer Kinder zum Positiven verändern können.

Ein Bericht über das Treffen wurde von der ungarischen Ratspräsidentschaft, die das Treffen organisiert hatte, an den Rat EPSCO (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) weitergeleitet, mit folgenden Hauptbotschaften der Menschen, die von Armut betroffen sind:

- **Notwendig sind qualitativ hochwertige Arbeitsplätze:** Wenn Beschäftigung wirklich ein Weg ist, der aus der Armut führt, dann müssen die Behörden und Sozialpartner „Armut trotz Arbeit“ bekämpfen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen, mit angemessenen Löhnen, guten Sozialschutzsystemen und der Berücksichtigung beruflicher und privater Verpflichtungen. Jobs von ärmlicher Qualität für von Armut betroffene Menschen ist keine Antwort.
- **Fehlende Arbeitsplätze:** Die Delegierten bestätigten, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, arbeiten möchten, doch sieht die Realität so aus, dass es mehr arbeitswillige Menschen als Arbeitsplätze gibt. Diese Situation wurde durch die Krise noch verschärft. Angesichts dieser Realität ist für viele Menschen Arbeit keine Option, und dies, obwohl der Bezug von Sozialhilfe immer weiter eingeschränkt wird. Wenn Arbeitsplätze fehlen, müssen die Menschen Zugang zu einem Einkommen haben, das für ein Leben in Würde ausreicht.
- **Der Zugang zu Beschäftigung muss unterstützt werden:** Wenn sich die Arbeitsuche als schwierig erweist, müssen von Armut betroffene Menschen oder Langzeitarbeitslose individuelle Unterstützung erhalten, um Zugang zu anständigen Arbeitsplätzen zu bekommen. Investitionen in die frühkindliche Entwicklung, in die Ausbildung (in diesem Zusammenhang sind Schulabbrecher nicht zu vergessen) und in Möglichkeiten für von Armut betroffene Menschen zu lebenslangem Lernen, sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die Chancen auf einen Zugang zu Beschäftigung zu verbessern.
- **Kampf gegen Diskriminierung:** Das Problem der Diskriminierung und Ausgrenzung bestimmter Gruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Migranten, ehemalige Häftlinge, Langzeitarbeitslose und Roma, bedarf spezieller Aufmerksamkeit. Um die durch Diskriminierung aufgebauten Hindernisse zu überwinden, müssen Antidiskriminierungsgesetze angewandt und konstruktive Maßnahmen ergriffen werden. Spezielle Aufmerksamkeit benötigen auch die spezifischen Probleme, denen Frauen gegenüberstehen: Frauen tragen oft den Großteil der Betreuungspflichten und arbeiten häufig in Bereichen mit prekären und qualitativ minderwertigen Arbeitsplätzen.
- **Die Verpflichtungen müssen umgesetzt werden:** Die Delegierten wiesen darauf hin, dass man auf diesem und anderen Treffen bereits viele schöne Vorschläge zum Kampf gegen Armut gehört habe, wie etwa: Das Ziel, Armut zu verringern, die Empfehlung zur aktiven Eingliederung und zu einem adäquaten Mindesteinkommen, Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen und Unterstützung beim Zugang zu Beschäftigung, die Verpflichtung zu Strategien für den Kampf gegen Obdachlosigkeit oder Kinderarmut. Die Botschaft der Delegierten war eindeutig: Das Follow-up und die Umsetzung der

Verpflichtungen müssen sichergestellt werden. Sie bekräftigten, dass die von Armut betroffenen Menschen bereit sind, sich auf allen Ebenen bei der Umsetzung der nötigen Maßnahmen zu engagieren.

- **Die Ursachen der Armut müssen bekämpft werden und nicht nur ihre Symptome:** Die Delegierten bestätigten, dass die aktuellen Wirtschafts- und Sozialsysteme eine Auswirkung auf das Auftreten und das Ausmaß der Armut haben. Es gab eine klare Aufforderung an die politischen Institutionen, hierauf mit einer Bekämpfung der Ursachen der Armut zu reagieren und nicht nur mit einer Bekämpfung ihrer Symptome.

Mit Hinblick auf die Zukunft wurde gefordert, dass das jährliche Treffen einen strukturellen Platz in der „Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut“ bekommt, was mit Treffen auf nationaler und regionaler Ebene im Rahmen der Strategie zur Bekämpfung der Armut zu untermauern ist.

Das zehnte Treffen wurde von der ungarischen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Netzwerk gegen Armut (EAPN) organisiert. Die Delegationen der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, setzten sich aus Teilnehmenden aus 26 Ländern zusammen; darüber hinaus waren Beobachter aus vier weiteren Ländern anwesend. Etwa 60 Gäste (Vertreterinnen und Vertreter europäischer, nationaler und internationaler Behörden, der Sozialpartner, der Wissenschaft und der NRO) tauschten sich auf dem Treffen mit den Delegationen aus.